Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 96 (2002)
Heft: 9

Artikel: Liberale Wirtschaftsordnung - Freiheit für die Starken?
Autor: Spieler, Willy
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-144363

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Willy Spieler

Liberale Wirtschaftsordnung – Freiheit für die Starken?

«Hinter dem Ruf nach Freiheit» verberge sich «viel Gewalt», stand im ersten Entwurf der Ökumenischen Konsultation «Welche Zukunft wollen wir?» Leider kuschten die Kirchenleitungen vor dem vehementen Protest, den der prophetische Satz bei jenen auslöste, deren neoliberale Ideologie gemeint war. Der folgende Beitrag möchte in fünf Thesen aufzeigen, wie berechtigt diese Kritik an der strukturellen Gewalt des sich selbst überlassenen Marktes gewesen wäre und noch immer ist. Der Text gibt das Referat wieder, das der Redaktor der Neuen Wege zum Jahresauftakt der Ökumenischen Kommission GFS der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen SG/AR/AI gehalten hat. Es sollte auch ein Beitrag für die Dekade zur Überwindung der Gewalt, ausgerufen vom Ökumenischen Rat der Kirchen, sein. Die Veranstaltung fand am 27. Januar 2002 in der Offenen Kirche St. Leonhard St. Gallen statt. Red.

Was eine prophetische Kirche heute sagen müsste

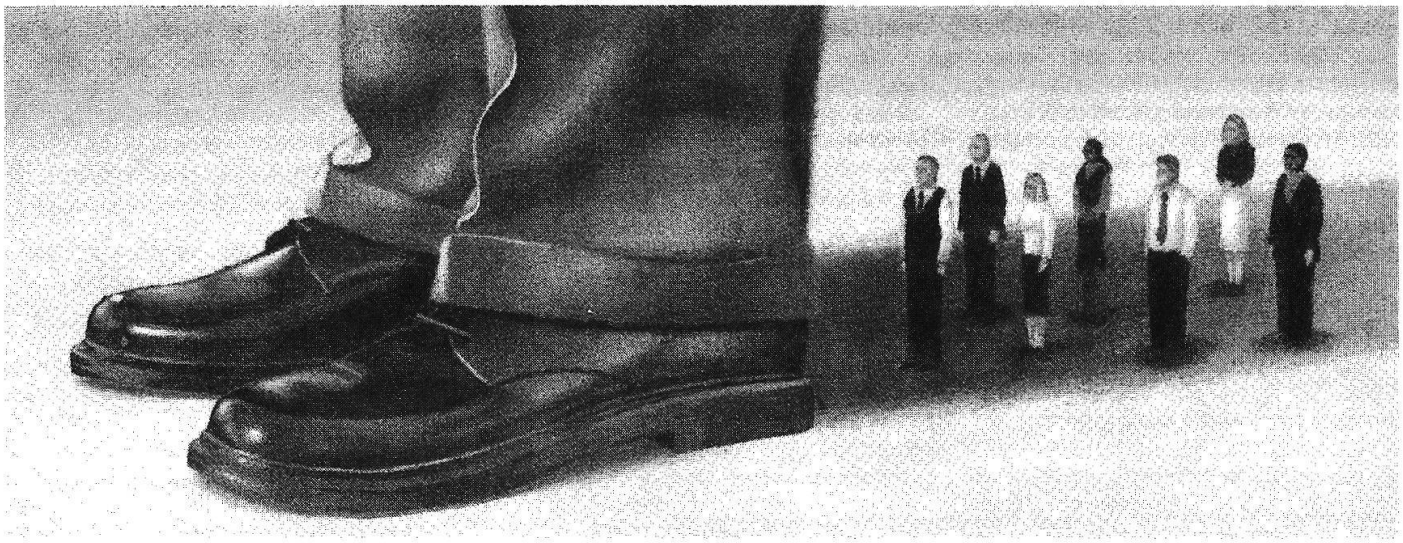
«Liberale Wirtschaftsordnung – Freiheit für die Starken?» Was hat das Thema mit der *Dekade zur Überwindung der Gewalt* zu tun? Sehr viel, wenn wir die Titelfrage mit ja beantworten. Ja – und das ist die Grundthese, die ich hier begründen möchte –, der globale und totale Markt prämiert und fördert die Starken. Er übt Gewalt gegen die Schwachen, keine offene und laute Gewalt, sondern eine strukturelle Gewalt, die leise und vornehm daherkommt, die Reichen reicher und die Armen zahlreicher macht, ja immer mehr Menschen die Existenzgrundlage überhaupt entzieht.

Diese Fehlentwicklung zu einem globalen und totalen Markt, die unter den ideologischen Vorzeichen des Neoliberalismus daherkommt, ist keine neue Erscheinung. Lesen wir, was schon 1931 die Enzyklika *«Quadragesimo anno»* Pius' XI. zum «ungehemmten Liberalismus» sagte: «Am auffallendsten ist heute die geradezu ungeheure Zusammenballung nicht nur an Kapital, sondern an Macht und wirtschaftlicher Herrschgewalt in den Händen einzelner... Diese Zusammenballung von Macht (ist) das natürliche Ergebnis einer grundsätzlich zügellosen Konkurrenzfreiheit, die nicht anders als mit dem Überleben des Stärkeren, d.i. allzu oft des Gewalttätigeren und Gewissenloseren, enden kann... Als einen der schwersten Schäden nennen Wir die Erniedrigung der staatlichen Hoheit ... zur willenlos gefesselten Sklavin selbstsüchtiger Interessen... Im zwischenstaatlichen Leben aber entspringt der gleichen Quelle ... ein verderblicher und verwerflicher finanzkapitalistischer Internationalismus oder Imperialismus des internationalen Finanzkapitals, der sich überall da zu Hause fühlt, wo sich ein Beutefeld auftut» (QA 105ff.). «Diese ungeheure Zusammenballung von Kapital und Macht», vor der «Quadragesimo anno» gewarnt habe, komme

«erst heute so richtig zum Abschluss», meinte 1971 Papst Paul VI. in seinem Apostolischen Schreiben *«Octogesima adveniens»* (Nr. 44). Und was müsste ein Papst erst recht heute sagen? Das können Sie in meiner fiktiven Enzyklika wider den Neoliberalismus lesen, die im Januarheft 1999 der Neuen Wege veröffentlicht wurde.

Ich wünsche mir eine *prophetische Kirche,* die heute nicht minder deutlich sagen würde, dass diese globale Fehlentwicklung von allen Christenmenschen aufs Entschiedenste zu bekämpfen ist. Sie erinnern sich vielleicht noch an die ursprüngliche Diskussionsgrundlage der Ökumenischen Konsultation unter dem Titel «Welche Zukunft wollen wir?» Darin wurde die Freiheit dieser «liberalen» Wirtschaftsordnung ebenfalls in Frage gestellt. Etwa mit den Worten: «Wer auf dem Markt bestehen will, der muss sich verkaufen. Wer sich verkaufen will, der muss Opfer hinnehmen... Um des Vorteils willen werden Menschen und werden Länder gegeneinander ausgespielt. Unter der Gewalt der Leistungsfähigkeit scheinen sich die Maximen durchzusetzen: ‹Nur die Leistungsfähigsten stehen auf der Gewinnerseite.› ‹Wer keine Leistung erbringt, ist nichts wert.› ... So verbirgt sich hinter dem Ruf nach Freiheit viel Gewalt.»

Diese Kritik an der Freiheit der Leistungsstarken blieb natürlich nicht unwidersprochen. Der Wirtschaftsredaktor der NZZ *Gerhard Schwarz* tat im «Wendekreis» (9/2001) kund, noch selten hätten sich ihm «bei einer Lektüre die Haare mehr gesträubt als bei der Diskussionsgrundlage der ökumenischen Konsultation». Die Reaktion war zu erwarten. Nicht erwartet habe ich, dass die Kirchenleitungen dieses Verdikt über Marktfreiheit und Gewalt in ihrem Schlussdokument streichen würden. Eine prophetische Kirche hätte zu dieser Kritik stehen und sie mit einem biblischen Weheruf an die Adresse der Profiteure verbinden müssen.



Umverteilung von unten nach oben (aus: The Economist, 29. Juni 2002).

Ich habe zwar keine prophetischen Ambitionen, aber ich versuche den Zusammenhang von liberaler Wirtschaftsordnung und Gewalt in *fünf Thesen* zu begründen:

1. Die liberale Wirtschaftsordnung begünstigt die Starken, weil sie den Egoismus prämiert.

Der Neoliberalismus erwartet von den wirtschaftenden Subjekten kein ethisches Verhalten. Es genügt, dass sie ihre Eigeninteressen verfolgen, die auch sehr *egoistische Interessen* sein können und sehr oft auch sind. Dass aus der Summe dieser individuellen Interessen am Ende das Wohl des Ganzen hervorgeht, dafür sorgt der Markt. Das ist natürlich keine

überprüfbare Feststellung, sondern ein Glaubenssatz. Er geht zurück auf *Adam Smith* (1723-1790), den Begründer des «klassischen» Wirtschaftsliberalismus. Smith glaubt an die Metaphysik einer *«unsichtbaren Hand»*, die alle Interessen der wirtschaftenden Subjekte in ein stets neues Gleichgewicht bringt. In Anlehnung an die Bienenfabel des englischen Philosophen und Zeitgenossen Smiths *Bernard de Mandeville* (gest. 1773) gedeiht ein Gemeinwesen am besten, wenn seine Mitglieder nichts anderes anstreben als die Verwirklichung ihrer Interessen. Die «unsichtbare Hand» koordiniert auch noch die schlimmsten Egoismen zum Wohl des Ganzen. Private Laster werden so zu öffentlichen Wohltaten. «Private vices – public benefits».

Das Problem ist nicht, dass solches vor mehr als 200 Jahren behauptet wurde, sondern dass es auch heute Leute gibt, die noch immer daran glauben. So der deutsche Ökonomieprofessor *Hermann Sautter*, der in einem fürchterlichen Verriss von Ulrich Duchrows Buch «Alternativen zur kapitalistischen Weltwirtschaft» schrieb: «Der Markt sorgt in objektiver Weise für Solidarität, auch wenn die einzelnen das gar nicht so empfinden.»[1] Solidarität beruht nicht mehr auf Ethik, sondern wird durch den Markt von selbst hervorgebracht. Derzeit macht ein weiterer Neoliberaler, *Karl Homann,* mit seiner «Neuen Interaktionsökonomik» Furore, die ebenfalls behauptet, die «Wettbewerbslogik» bedeute das «beste bisher bekannte Mittel zur Verwirklichung der Solidarität aller Menschen»[2]. Darum sei «Wettbewerb solidarischer als Teilen».[3] Obwohl solche Versatzstücke des Neoliberalismus zutiefst unethisch sind, ist Homann für einen Gerhard Schwarz gleich der «heute wohl führende Wirtschaftsethiker deutscher Zunge» (NZZ 18.1.02.)

Dass durch die Umpolung privater Laster in gesellschaftliche Tugenden die *biblische Botschaft in ihr Gegenteil verkehrt* wird, kümmert diesen Neoliberalismus nicht im geringsten. Schon sein Begründer *Friedrich August von Hayek* macht den Profiteuren dieser Wettbewerbslogik ein gutes Gewissen, indem er jedwelche *soziale Gerechtigkeit* leugnet. Sie sei nur ein «Schlagwort des Sozialismus». Wenn gar die Kirchen für die «soziale Gerechtigkeit» eintreten, so werde «ein himmlisches Versprechen der Gerechtigkeit durch ein weltliches ersetzt»[4].

Es gibt für diesen Neoliberalismus auch *keine Unternehmensethik*, denn die einzige Anforderung an ein Unternehmen liegt in der Steigerung des Profits. Ebenso berühmt wie berüchtigt ist der Satz von *Milton Friedman:* «The social responsability of business is to increase its profits.»[5] Zu deutsch: Die soziale Verantwortung eines Unternehmens liegt nur darin, den Gewinn zu steigern. Oder im Klartext: «Habgier ist gut, Teilen ist schädlich.» Solche Sätze bewegen sich auf demselben Niveau, wie wenn Gewerkschaften sagen würden, die Aufgabe der Arbeitenden sei es nicht, Arbeit zu leisten, sondern Lohn zu beziehen.

Gewiss gibt es Manager, die ethisch handeln möchten. Was sie daran hindert, ist der unsägliche Druck von Kapitalinteressen, die sich nur am Shareholder value orientieren. Im SPIEGEL vom 8. März 1999 berichtet *Hubert von Grünberg*, Chef der Reifenfirma Continental, über seine Ängste vor einer feindlichen Übernahme. Pirelli habe schon einmal einen solchen Versuch gemacht. «Heute können wir uns nur durch einen hohen Aktienkurs vor einer Übernahme schützen. Unsere Investoren wollen Rendite sehen, sonst steigen sie aus – dann fällt der Kurs, und die Gefahr einer Übernahme wächst...» Darum habe er auch schon eine ganze Fabrik schliessen müssen. «Es ist schon zynisch: Die Not meiner Arbeitnehmer brachte mir Erfolg bei meinen Aktionären.» Die Investoren möchten aber noch mehr Arbeitsplätze abbauen. Da nütze es

überhaupt nichts, wenn er erwidere, er sei doch kein «Jobkiller». «Das sei mein Problem, meinen dann die Investoren, ihr Auftrag sei, nach der Ertragskraft und dem Potential der Kurssteigerung eines Unternehmens zu fragen...»

Wie bändigen wir diese Gewalt der Starken? Es gäbe eine sehr einfache Lösung: eine *wirksame Mitbestimmung* der Arbeitenden in den Unternehmungen. «Das wäre doch ein Standortnachteil», erwidern die Starken. Aber wer sagt denn eigentlich, dass die Eigenkapitalrendite bei 20 % liegen müsse, dass es 8 % nicht auch täten? Und wenn die Börse mehr erwartet? Dann wünschte ich mir ein Umdenken bei den *Pensionskassen,* die es in der Hand hätten, mit immer noch anständigen Gewinnerwartungen Arbeitsplätze zu sichern. Warum setzen wir unsere Pensionskassengelder nicht für unsere Mitbestimmung ein, warum finanzieren wir damit gar noch den Verlust unserer Arbeitsplätze?

«Ökonomie war noch nie ein demokratischer Prozess», sagt der Novartis-Chef und ehemalige Trotzkist *Vasella* (Weltwoche, 19.3.99). Wie wahr! Nur können auf die Dauer nicht zwei *gegensätzliche Menschenbilder* koexistieren, ein demokratisches für die Politik und ein autoritäres für die Wirtschaft.

2. Die liberale Wirtschaftsordnung begünstigt die Starken, weil sie den Staat als Schutzmacht der Schwachen dereguliert.

Für die Neoliberalen hat auch der *Staat* keine andere Aufgabe, als die *Wettbewerbslogik* zu garantieren, und das heisst: den Markt von allen sog. unnötigen Regeln der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu befreien, ihn zu deregulieren. Der Staat ist nur noch «Dienstmann des Marktes». Irgendein Konzept von «sozialer Gerechtigkeit» hat er sowenig zu verfolgen wie «etwa die Seligkeit seiner Bürger».[6] Es gibt überhaupt keine Sozialethik, die den Staat legitimieren würde, dem Markt Grenzen zu setzen. Hayek erklärt rundweg, «dass eine soziale Marktwirtschaft keine Marktwirtschaft, ein sozialer Rechtsstaat kein Rechtsstaat» und «soziale Gerechtigkeit keine Gerechtigkeit» sei.[7] Und Herr Schwarz meint in seinem Wendekreis-Artikel, «Gerechtigkeit» habe nichts zu tun mit «einem Ausgleich der grossen Einkommens- und Reichtumsunterschiede». Er wendet sich gegen «eine St.-Martins-Ethik des Teilens», die als politische Maxime nur «in die Armut aller» führe. Es brauche darum auch keine AHV mehr, da 95 % unserer Bevölkerung selbst in der Lage seien, sich für die Zukunft abzusichern.

Die Folge solcher Deregulierung, die erst noch im globalen Massstab stattfindet, ist eine *massive Umverteilung von unten nach oben.* In den letzten Jahren haben wir erfahren, wie die Unternehmen sich gesundschrumpfen, indem sie sog. überflüssige Arbeitskräfte entlassen. Die sozialen Kosten der Arbeitslosigkeit werden auf den Staat überwälzt. Aber die Unternehmen wollen für die von ihnen verursachten «Soziallasten» nicht mehr Steuern bezahlen. Im Gegenteil. *Sozialabbau* ist angesagt, damit die Steuern runter kommen. Sonst hauen die Reichen ab, und sei es nur von Zürich nach Zug oder Schwyz. Für die Grossunternehmen ist das eh kein Problem, da ihr Steuersitz am steuergünstigsten Ort angesiedelt wird. Sozial ist, wer asozial handelt. Nur wenn die Reichen immer noch reicher werden, hat der Standort Schweiz oder der Standort Zürich eine Chance. Das ist auch gut für die Armen. Wie sonst wollen sie überleben? Und bist du nicht willig, so brauche ich Sachzwänge.

Natürlich geht es nicht nur um eine Umverteilung von Reichtum, sondern auch um eine solche von *Macht.* Zu den weltweit 100 grössten wirtschaftlichen Einheiten zählen heute 51 Multis und nur noch 49 Staaten... Bereits gibt es Transnationale Unternehmen, die nicht nur keine Steuern bezahlen, sondern für

ihren Standortentscheid Steuergelder erhalten. Der US-amerikanische Star-Ökonom *Lester C. Thurow* sagte vor dem «Davoser Gipfel» 2000 gegenüber dem Tages-Anzeiger (27.1.00): «Wir befinden uns in einer Zeit, in der Firmen den Ländern zunehmend Befehle erteilen. Der Elektronikkonzern Intel zum Beispiel baute eine Fabrik in Israel, die Regierung des Landes musste 600 Millionen Dollar zahlen, damit Intel nicht Ägypten den Vorzug gab. Oder Brasilien überreichte dem Autokonzern Ford 700 Millionen. Alabama und South Carolina zahlen an BMW und Mercedes. Das heisst: Diese Firmen entrichten nie Steuern an diese Staaten, sondern die Einwohner dieser Staaten zahlen Steuern an die Unternehmen. Die mächtigen Konzerne sind zu Steuerkollektoren geworden. Wenn man eine globale Wirtschaft hat ohne globale Regierung, erhöht sich die Verhandlungsmacht der Unternehmen. Firmen sind mobil, Länder nicht – und so kann man mit Ländern spielen, zumal sich Länder zunehmend in kleine, weniger mächtige Einheiten aufsplittern. Der politische Prozess – bis hin zur Gesetzgebung – wird heute von Firmen beherrscht.»

Deregulierung schlägt so um in *neue Regulierung,* aber jetzt nicht mehr in eine Regulierung der Wirtschaft durch die Politik, sondern in eine Regulierung der Politik *durch die Wirtschaft.* Diese gibt dem Staat den Tarif durch, nicht nur den Steuertarif, sie beansprucht vielmehr die volle Definitionsmacht über das Gemeinwohl, das auf blosse Profitverträglichkeit reduziert wird. Das aber ist eine sozialethisch unzulässige Form der Annexion politischer Macht durch Gebilde, die keine demokratische Legitimation besitzen.

Die Alternative muss darin bestehen, dass der globale Markt durch eine *globale Politik* ins Recht gefasst wird, um ihn sozialverträglich, drittweltverträglich und umweltverträglich zu machen. Es braucht eine Entschuldung für die ärmsten Länder. Vor allem braucht es eine Befreiung von «odious debts», also von Schulden, die durch kriminelle Regime gemacht wurden. Das gilt nicht nur für Südafrika unter der Apartheid. Das gilt z.B. auch für Argentinien unter der vom IWF unterstützten Militärdiktatur mit 30 000 Todesopfern und einer Aussenverschuldung von 150 Mia. Dollar. In die WTO-Verträge gehören *Sozialklauseln*, z.B. gegen Kinderarbeit oder auch gegen Zwangsarbeit, z.B. in chinesischen Straflagern für Dissidenten. Es braucht auch *Ökoklauseln.* Das hiesse, dass Verstösse gegen das Protokoll von Montreal zum Schutz der Ozonschicht oder gegen den Klimaschutzvertrag von Kyoto Handelssanktionen nach sich ziehen müssten.

Ich bin für eine generelle Externalisierung der internen Kosten bei der Umweltbelastung. Der Liter Benzin käme auf 6 bis 7 Franken zu stehen, und auch das Kerosin würde endlich besteuert. Folge dieser massiven Erhöhung der Energie- und damit auch der Transportpreise wäre eine neue *Regionalisierung* – eine Reregionalisierung – *der Industriepolitik.* Die EU müsste mit dem guten Beispiel vorangehen. Was soll der Unsinn, wenn die Milch von München nach Athen gekarrt und dann wieder den Hamburgern als griechisches Joghurt verkauft wird?

Nicht weniger wichtig ist die *Demokratisierung der globalen Institutionen,* die wie die WTO ihre Verträge zum Teil noch im Geheimverfahren ausarbeiten. Es braucht zivilgesellschaftliche Gegenkräfte, wie sie sich von Seattle bis Davos und Genua gezeigt haben. Es braucht auch die Mobilisierung von Öffentlichkeit, wo immer Produkte zum Schaden der Umwelt oder unter miesesten Arbeitsbedingungen hergestellt werden. Ich erinnere an die erfolgreiche Kampagne gegen die Triumph International, die ihre Damenunterwäsche auf einem Industriegelände in Burma produzierte, das mit Zwangsarbeitern installiert worden war.

3. Die liberale Wirtschaftsordnung begünstigt die Starken, weil ihr einziges Kriterium die Effizienz ist.

Das einzige Kriterium, das die neoliberale Ideologie zulässt, ist dasjenige der *Effizienz.* Aber was ist denn eigentlich das Kriterium der Effizienz? Etwa Arbeit für alle? Etwa Befreiung aus Armut? Etwa das Ende der weltweiten Hungerpro-bleme? Nein, es ist «der Unternehmenserfolg», der laut Wirtschaftsredaktion der NZZ «am ökonomischen Wert gemessen werden sollte, der für die Eigentümer geschaffen wird» (24./25.8.96), also am Shareholder value. In der Neujahrsausgabe 1996 schwärmte die NZZ vom «internationalen Kapital», «das rund um den Erdball auf die Suche nach dem ‹besten Wirt› geht, das weltweit vergleicht und evaluiert und das gerade aus seiner Heimatlosigkeit Effizienz und Schnelligkeit schöpft». «Quadragesimo anno» nannte das etwas weniger diplomatisch den «Imperialismus des internationalistischen Finanzkapitals, der sich überall da zu Hause fühlt, wo sich ein Beutefeld auftut».

Und wie sieht diese «Suche nach dem besten Wirt», wie sieht dieses «Beutefeld» heute aus? Angesichts der *Globalisierung des Finanzkapitals* kreisen täglich 1,8 Billionen Dollar mit Lichtgeschwindigkeit um den Erdball. Sie unterhöhlen auf der Jagd nach Rendite die reale Wirtschaft. Mehr als 90 Prozent dieses Finanzkapitals wird nur noch in die virtuelle Welt der Spekulation mit Währungen, Devisen, Optionen investiert. Das Finanzkapital hat sich gegenüber der realen Wirtschaft verselbständigt, kann diese aber jederzeit in den Strudel eines Börsencrash hineinziehen. Es entstehen denn auch *Gegenbewegungen wie ATTAC* (Association pour une Taxation des Transactions financières pour l'Aide aux Citoyen-ne-s). Diese treten für die demokratische Kontrolle der Finanzmärkte ein und verlangen eine Besteuerung aller Transaktionen, die sog. *Tobin-Tax*. Ein Steuersatz von nur 0,1 Prozent würde der Völkergemeinschaft jährlich über 100 Mia. Dollar einbringen und die Spekulationen erst noch massiv, Schätzungen sagen bis zu $^2/_3$, reduzieren. Das ermöglichte eine effiziente Bekämpfung von Hunger, Armut und Analphabetismus in der Welt.

Aber bis heute hat sich die neoliberale Effizienz durchgesetzt. Das System des globalen und totalen Marktes ist so effizient, dass es seine *eigenen Voraussetzungen,* den sozialen Frieden und den nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen, *gefährdet.* Und es ist so blind, dass es sich jedem Kriterium verschliesst, das die Frage nach Sinn und Grenze ökonomischer Effizienz zulassen würde. Es ist verliebt in seinen *Untergang.* Der Befreiungstheologe *Franz Hinkelammert* hat Recht: «Es handelt eine ‹unsichtbare Hand›, die zu einem Ergebnis führt, ‹als ob› ein einheitlicher Zerstörungsplan vorläge» (NW 1993, S. 253).

Dass diese «Effizienz» strukturelle Gewalt enthält, verrät sich auch in der verbalen Gewalt ihrer *Sprache.* Wenn wir die Sprache dieses von allen sozialethischen Hemmungen befreiten Effizienz- oder Shareholder-Fetischismus verfolgen, stossen wir auf ein erstaunliches Vokabular: Wer der Effizienz nicht genügt, wird zum «Wohlstandsmüll» degradiert, wie das von Helmut Maucher geprägte Unwort des Jahres 1997 lautete. Müll ist wertlos, gehört zu den Dingen, die uns ekeln... Unter «Rambos in Nadelstreifen» berichtet der Spiegel (12.1.98) über den deutschen Industriepräsidenten Hans-Olaf Henkel, der zum Bruch von GAVs auffordert und sich übers «Konsensgesülze» lustig macht.

Als besonderes Qualitätsmerkmal eines Managers gilt der *«Killerinstinkt».* Helmut Maucher sagte schon 1991, er habe «das ethische und soziale Gesäusel» satt. Verlangt seien Manager mit «Kampfwillen» und «Killerinstinken» (Arbeitgeber 1/1991). Von dem aus dem

Leben geschiedenen Spross aus dem britischen Bankhaus Rothschild hiess es, er sei halt ein «Familienmann» gewesen, um das Unternehmen erfolgreich zu führen, dazu habe ihm der «notwendige Killerinstinkt» gefehlt (TA, 12.7.96). Und ein Unternehmensberater namens Werner Halter hat ein schlagendes Argument für die Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der EU gefunden. Er will laut NZZ (28.3.96) dem «Fischbassin Schweiz» zur Kräftigung des (Rest-Bestands) einige «Killerfische» verschreiben. Auch der Bestseller-Autor Jack Trout hat unlängst den Begriff des «Killer-Wettbewerbs» geprägt (TA 10.9.01). In Paris eröffnete im Oktober 1997 eine Managerschule ihren Betrieb unter dem Namen «Ecole de Guerre économique» (Publik-Forum, 29.8.97). Ob Krieg auf dem Schlachtfeld oder Wettbewerb auf den Märkten – «die Mechanismen sind etwa die gleichen», dozierte im vergangenen September ein amerikanischer Unternehmensberater namens Thibault in Luzern. Der Mann arbeitet bei einer Unternehmensberatungsfirma als Direktor der «Business-Wargaming»-Abteilung (TA 10.9.01).

4. Die liberale Wirtschaftsordnung begünstigt die Starken, weil sie von sich behauptet, ohne Alternative zu sein.

Im Dezember 1994 hat das Schweizer Parlament das Welthandelsabkommen GATT und den Beitritt des Landes zur Welthandelsorganisation WTO abgesegnet, einhellig und emotionslos. Als ob es «um die Unvermeidlichkeit des Todes gegangen wäre», schrieb die WoZ (16.12.94). Die einzige Gegenstimme kam von *Jean Ziegler*. Die übrigen Parlamentsmitglieder waren sich einig: Die Freiheit, nein zu sagen, haben wir längst nicht mehr. «Der Mensch denkt und GATT lenkt», meinte ein Biobauer im Zürcher Kantonsrat.

Was aber ist das für eine Freiheit, die uns keine freie Wahl mehr lässt? Was ist von der Freiheit eines Marktes zu halten, wenn dieser in einen *totalen Markt* umschlägt und dadurch *totalitär* wird? Tatsache ist, dass die Neoliberalen nicht einmal mehr von «freier Marktwirtschaft» sprechen, sondern nur noch von einer «Marktwirtschaft ohne Adjektive», eine Bezeichnung, die vom ehemaligen tschechischen Ministerpräsidenten *Václav Klaus* (Spiegel, 27.5.96) bis zur Wirtschaftsredaktion der NZZ Verwendung findet. Eine Marktwirtschaft, die sich den Kriterien des Sozialen oder Ökologischen entzieht, setzt sich selber absolut. Sie duldet keine ihr fremden Instanzen neben sich oder gar über sich. Das macht sie fundamentalistisch und gewalttätig. Sie wird zum Götzen – wie alles Endliche, das sich verabsolutiert, heisse es nun Staat, Nation, Partei oder auch Kirche. *«Götze Markt»* lautet der Titel eines befreiungstheologischen Buches von *Franz J. Hinkelammert* und *Hugo Assmann*.[8] Götzen haben ihre eigene Faszination. Um sie zu stürzen, muss zuerst ihr lächerliches Imponiergehabe entlarvt werden.

Ausserhalb der Wirtschaftsordnung des Neoliberalismus gibt es kein Heil. Sie ist – *ohne Alternative*. Die Gesetze des naturwüchsigen, sich selbst überlassenen Marktes gelten absolut. Da von ihnen eine *selbstheilende Kraft* ausgeht, kann es nie ein Marktversagen, sondern immer nur ein Staatsversagen geben. Das ist natürlich ein Zirkelschluss, aber das ficht die Priester der freien Marktwirtschaft und Exorzisten jedes Staatsinterventionismus nicht an. Gegen die «unsichtbare Hand» des Marktes die «sichtbare Hand» des Staates intervenieren zu lassen, wäre ein Mangel an Demut.

Otto Lambsdorff schrieb schon vor Jahren in der NZZ (28./29.10.95), nicht die Kinderarbeit, sondern das Verbot von Kinderarbeit in der Dritten Welt habe «katastrophale Folgen». Für die «angeblich Geschützten» würde «ein solches Verbot Hunger, Kinderprostitution und

Not bedeuten». Ähnliches gelte für die Ökologie. Nur «der Freihandel» könne «jenen Wohlstand schaffen, der es den Menschen erlaubt, sich ein genügendes Umweltbewusstsein leisten zu können».

Jeder Fundamentalismus ist *antidemokratisch,* weil *absolute Wahrheiten* sich der demokratischen Entscheidung entziehen. So auch der Fundamentalismus der «freien Marktwirtschaft». Im Konfliktfall behauptet der Markt den Vorrang vor der Demokratie. Es gibt Neoliberale wie *Walter Wittmann,* die zumindest die «direkte Demokratie» abschaffen wollen, weil sie diese als «Bremsklotz der Revitalisierung» anprangern.[9] Andere gehen noch weiter und halten zur Durchsetzung der Marktgesetze auch eine Diktatur für gerechtfertigt.

In einem Artikel aus dem Jahr 1992 erklärte der Wirtschaftsredaktor der NZZ *Chiles Militärdiktatur* unter General Pinochet zum «wirtschaftspolitischen Modellfall»(11./12.1.92) für die ehemals sozialistischen Staaten. Der Artikel nimmt Abschied von der «bequemen» These, «Marktwirtschaft und Demokratie gehörten zusammen wie Zwillinge». Er verweist auf Beispiele wie Hongkong, Singapur, Südkorea und Taiwan, besonders aber auf Chile, das seinen Weg zu Marktwirtschaft und Wachstum einer «brutalen Diktatur» verdanke. Das brutale Rezept sei auch den Oststaaten zur Nachahmung empfohlen, da ihr «Systemwechsel» sonst «permanent Gefahr (laufe), in einen zum Scheitern verurteilten ‹Dritten Weg› zwischen Plan und Markt zu münden».

Wer so naiv war, sich vom *Ende des Kalten Krieges* den Anfang einer weltumspannenden demokratischen Kultur zu erhoffen, wird nun eines anderen belehrt. Der Zweck des Marktes heiligt auch das Mittel der «autoritären Diktatur». Die «freie Marktwirtschaft» wird durch keine Systemkonkurrenz mehr gezwungen, sich in der Politik von der liberalen und demokratischen Seite zu zeigen. Das Kapital muss nicht mehr befürchten, dass seine Opfer sich dem andern System zuwenden könnten. Dass «freie Marktwirtschaft» für sie wichtiger sei als die Demokratie, hätte die Wirtschaftsredaktion der NZZ während der Zeit des Kalten Krieges niemals in dieser Offenheit zu sagen gewagt.

5. Die liberale Wirtschaftsordnung begünstigt die Starken, weil sie ihre Gewalt hinter der Anonymität des Marktes zu verbergen weiss.

Angesichts der wachsenden Kluft zwischen *Arm und Reich* auf die selbstheilende Kraft des Marktes zu vertrauen ist zynisch. Dieses Marktsystem hat bis jetzt nur bewirkt, dass die Reichen reicher und die Armen zahlreicher wurden. Erzielte 1960 das reichste Wohlstandsfünftel ein Pro-Kopf-Einkommen, das 30mal höher lag als die Wirtschaftskraft der ärmsten 20 %, so erreichte 1999 die Differenz das 78fache (Spiegel 23.7.01). Der UNO-Bericht 1996 «Über die menschliche Entwicklung» brachte es erneut an den Tag: Weltweit gibt es *358 Milliardäre.* Sie sind die Stärksten unter den Starken, zusammen so reich wie die 2,5 Milliarden Menschen der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung oder wie das Gesamteinkommen der armen Länder, in denen fast 45 Prozent der Menschheit leben.

Jean Ziegler, der Sonderberichterstatter der UNO für das Recht auf Nahrung, wird nicht müde zu betonen, was da abläuft: 100 000 Menschen sterben täglich an Hunger oder an seinen unmittelbaren Folgen. Im Jahr 2000 verhungerten auf diesem Planeten 36 Millionen Menschen. 826 Millionen sind permanent schwer unterernährt. Mehr als eine Milliarde Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser (SonntagsBlick, 16.6.02).

Dabei könnte die Erde d*oppelt soviele Menschen* ernähren. Die Globalisierung generierte den dafür nötigen Reichtum, wenn nur ein klein wenig davon zu-

gunsten der Armen und Hungernden umverteilt würde. Dass dies nicht geschieht, dass ihnen das Recht auf Leben, auf Lebensentfaltung vorenthalten wird, ist Gewalt, nicht offene Gewalt, sondern die leise Gewalt der anonymen Marktmechanismen. Es ist strukturelle Gewalt.

Der Auftrag an Ziegler lautet, ein einklagbares *Recht auf Nahrung* zu formulieren. Das wäre eine Revolution in den Strukturen. Das setzte eine Weltsteuer voraus, die etwas vom Überfluss der Reichen nehmen und auf die Existenzsicherung der Armen umlenken würde. Aber schon die 80 Milliarden Franken, mit denen George W. Bush seinen Militäretat aufstocken will, wären genug, um dieses Recht auf Nahrung zu gewährleisten. Im übrigen ist es alte christliche Lehre, dass es dieses Recht auf Nahrung nicht nur gibt, sondern dass die Hungernden sich dieses Recht auch mit Gegengewalt nehmen, es erzwingen dürfen.

Es hat wenig Sinn, solche Gegengewalt zu verurteilen, wenn nicht auch die *strukturelle Gewalt* zur Sprache kommt, die sie hervorruft. Der deutsche Soziologe *Max Weber* hat den Kapitalismus als «herrenlose Sklaverei» bezeichnet: «Die Herren werden unsichtbar gemacht hinter den Mechanismen des Marktes. Und diese werden als gleichsam naturgesetzlich legitimiert gesehen und der Kritik entzogen.»[10] Aber natürlich tragen «die Herren» Verantwortung für die Mechanismen, von denen sie profitieren. Es ist die Gier nach Profit, die sich solche Mechanismen schafft und am Leben erhält. Und es sind solche Mechanismen, die den Egoismus prämieren und damit der Gier nach Profit immer neue Nahrung geben.

Der amtierende Papst hat die «Gier nach Profit» als «Materialismus», ja als «Götzendienst» verurteilt. Wie die Theologie der Befreiung hat er 1987 in seiner Enzyklika *«Sollicitudo rei socialis»* auch die Strukturen angeprangert, die von diesem Egoismus infiziert sind. Johannes Paul II. nennt sie «Strukturen der Sünde» (Nr. 36). Ja, «Strukturen der Gewalt» sind immer auch «Strukturen der Sünde». Es wäre an der Zeit, dass wir Christenmenschen begreifen würden, welche Herausforderung diese Erweiterung des Sündenbegriffs auf den sozialen Bereich bedeuten müsste.

Der *Ökumenische Rat der Kirchen* hat schon 1975 in Nairobi als Hauptziel einer neuen Weltwirtschaftsordnung formuliert: «Niemand darf seinen Wohlstand vergrössern, solange nicht alle das Existenzminimum haben.» Stattdessen wurde die Solidarität an den Markt delegiert, verbunden mit den obligaten neoliberalen Schlachtrufen wider den Sozialismus. Jetzt ist eine Situation entstanden, die uns Christinnen und Christen in unserem Glaubensverständnis herausfordert. Darum hat der *Reformierte Weltbund* 1997 an seiner Generalversammlung in Debrecen den globalen Kapitalismus verurteilt. Dieser sei ein Angriff auf die «Integrität des Evangeliums». Wer an das Evangelium glaube, müsse auch bereit sein, dieses System zu überwinden. Das sei natürlich nicht von heute auf morgen möglich, sondern ein Prozess, aber nicht irgendein Prozess, sondern ein «processus confessionis», ein Bekenntnisprozess. •

[1] In: Ökumenische Rundschau, Januar 1995, S. 464.
[2] Karl Homann in: Homann / F. Bloome-Dres, Wirtschafts- und Unternehmensethik, Göttingen 1992, S. 49.
[3] Zitiert nach: H.-J. Grosse Kracht, Kritik an der radikalliberalen Markttechnologie, in: Orientierung, 30.9.01, S. 194.
[4] Recht, Gesetzgebung und Freiheit, Bd. 2, Landsberg am Lech 1981, S. 97.
[5] So der Titel eines Essays von 1970 für das Times Magazine.
[6] Vgl. Gross Kracht, a.a.O., S. 191.
[7] Wissenschaft und Sozialismus, Tübingen 1979, S. 16.
[8] Düsseldorf 1992.
[9] So der Titel eines Buchs, das 2001 im Verlag Huber erschienen ist.
[10] So im Anschluss an Max Weber: Ulrich Duchrow, Alternativen zur kapitalistischen Weltwirtschaft, Mainz 1994, S. 204.